

Mag. Norbert Totschnig, MSc
Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft,
Klima- und Umweltschutz,
Regionen und Wasserwirtschaft

Herrn
Dr. Walter Rosenkranz
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2025-0.967.128

Ihr Zeichen: 4016/J-NR/2025

Wien, 23. Jänner 2026

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Christoph Steiner, Kolleginnen und Kollegen haben am 24. November 2025 unter der Nr. **4016/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Endbericht LeKoWolf – Lebensraum- und Konfliktpotenzialmodell Wolf in Österreich“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 und 2:

- Welche finanziellen Mittel des Bundes wurden für die Erstellung der Studie „LeKoWolf“ aufgewendet?
- Wurden zusätzlich Mittel von Ländern oder der EU verwendet?
 - a. Wenn ja, in welcher Höhe?

Seitens des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Klima- und Umweltschutz, Regionen und Wasserwirtschaft (BMLUK) wurden finanzielle Mittel in Höhe von 63.375,-- Euro aufgewendet, seitens der Bundesländer 62.000,-- Euro.

Zu den Fragen 3, 9, 12, 14 und 15:

- Inwiefern entspricht der Endbericht aus Ihrer Sicht der im Auftrag vorgesehenen Zielsetzung, insbesondere hinsichtlich der Erstellung quantitativer Entscheidungsgrundlagen?
- Wie bewertet das Ministerium den Umstand, dass laut Bericht weder die flächendeckende Erhebung noch die Wirksamkeit von Herdenschutzmaßnahmen analysiert wurde (z. B. S. 8, 22, 84)?
- Warum wurden soziale, wirtschaftliche und psychische Belastungsfaktoren der Landwirtschaft nicht in das Modell integriert?
- Warum wurden mögliche Folgen von Wolfsanwesenheit auf Biodiversität, Offenhaltung des alpinen Grünlandes und Schutzwaldpflege nicht untersucht?
- Wurde geprüft, ob durch eine zunehmende Wolfspräsenz Bewirtschaftungsrückgänge oder Betriebsaufgaben drohen können?

Das Projekt hat anhand bestehender Daten und Fakten zu Wölfen das aktuelle Lebensraum- und Konfliktpotenzial für Österreich erhoben, um eine sachliche und datengestützte Grundlage zu ermöglichen. Die Erstellung quantitativer Entscheidungsgrundlagen bzw. die Beantwortung spezifischer Punkte im Sinne der gestellten Fragen war nicht Ziel des Projekts.

Zu den Fragen 4, 22 und 24:

- Ist geplant, Ergebnisse des Berichts politisch zu verwerten, obwohl im Bericht selbst Forschungs- und Datenlücken eingeräumt werden?
- Welche Schlüsse zieht das Ministerium aus den im Endbericht dokumentierten Forschungslücken?
- Welche konkreten politischen oder rechtlichen Maßnahmen sollen auf Basis des Berichts gesetzt werden?

In Österreich besteht weiterer Forschungsbedarf zu Mensch-Natur-Konflikten. Wie in der LEKO-Studie aufgezeigt, sind inter- sowie transdisziplinäre Studien notwendig, um sowohl ökologische als auch sozioökonomische Aspekte zu berücksichtigen.

Der Projektbericht stellt Ergebnisse der Grundlagenforschung dar, weiterer Forschungsbedarf ist gegeben.

Zu den Fragen 5 bis 7:

- Warum wurden weder Landwirtschaftskammern, Landwirte noch Vertreter der Alm- und Weidetierwirtschaft in die Untersuchung einbezogen?

- Wer hat über die Zusammensetzung der projektbegleitenden Arbeitsgruppe entschieden?
- Aus welchem Grund wurde von einer formalen Betroffenenbeteiligung abgesehen, obwohl das Berglandwirtschaftsprotokoll der Alpenkonvention (Art. 4) eine solche vorsieht?

Die projektbezogene Arbeitsgruppe wurde im Einvernehmen mit der Projektleitung aus den finanzierenden Stellen besetzt.

Zur Frage 8:

- Plant das Ministerium, im Rahmen künftiger Folgeprojekte eine Einbindung der betroffenen Landwirte bzw. Vertreter der Alm- und Weidetierwirtschaft sicherzustellen?

Das BMLUK unterstützt im Rahmen seiner Zuständigkeit die Grundlagenforschung, wie die aktuelle Lebensraum- und Konfliktpotenzialstudie sowie weiterführende Studien zur Förderung einer ausgewogenen, also nachhaltigen und für alle Bevölkerungsgruppen (insbesondere auch für die betroffenen Landwirtinnen und Landwirten bzw. Vertreterinnen und Vertreter der Alm- und Weidewirtschaft) tragfähigen Bestandsentwicklung der Wölfe.

Zur Frage 10:

- Auf welcher Grundlage wird politisch dennoch auf einen „Konfliktrückgang durch Herdenschutz“ Bezug genommen?

Die Ergebnisse der schon seit einigen Jahren laufenden Projekte auf Almen zeigen, unabhängig von der gegenständlichen Studie, dass die Setzung entsprechender Herdenschutzmaßnahmen zu einem Rückgang von Konflikten geführt hat.

Zur Frage 11:

- Ist dem Ministerium bekannt, dass der Bericht auf Seite 84 weiteren Forschungsbedarf zu Wechselwirkungen zwischen Bewirtschaftung, Biodiversität und Herdenschutz festhält?

Ja.

Zur Frage 13:

- Wie beurteilt das Ministerium die wissenschaftliche Belastbarkeit und Aussagekraft des entwickelten Konfliktpotenzialmodells?

Auf Basis von Kartendarstellungen wurden Gebiete mit niedrigem bis hohem Konfliktpotential identifiziert.

Die Studie liefert damit eine fachliche Grundlage für weiterführende Überlegungen zur möglichen Managementmaßnahmen. Durch modelhafte Annahmen, ergibt sich allerdings eine Begrenzung der Aussagekraft in gewissen Bereichen.

Zu den Fragen 16, 18 bis 20:

- In welchem Ausmaß verfolgt das Ministerium das Ziel, dass die Almwirtschaft, welche auf 1/5 unserer Staatsfläche erfolgt, samt ihren weitreichenden Funktionen (Lebensmittelproduktion, indirekter Lawinenschutz, Wasserspeicher, Pflege artenreicher Flächen, Erholungsraum) abgesichert wird?
- Welche Maßnahmen setzt die Bundesregierung, um sicherzustellen, dass Alm- und Weidetierhaltung nicht durch die Ausbreitung großer Beutegreifer gefährdet wird?
- Welche Bedeutung misst das Ministerium dem Verfassungsrang der Daseinsvorsorge im Berggebiet in diesem Zusammenhang zu?
- Welche Strategien bestehen, um die Funktionen der Almen (Erhalt von Artenvielfalt, Kulturlandschaft, Schutzwald und Lebensmittelproduktion) unter zunehmendem Wolfsdruck zu sichern?

Die alpine Landschaft macht einen Großteil der österreichischen Staatsfläche aus. Daher ist es dem BMLUK ein Anliegen, weiterhin mit standortangepasster Landwirtschaft einen hohen Selbstversorgungsgrad zu erhalten.

Die Bewirtschaftung von Almen ist mit hohem Aufwand und persönlichen Einsatz der Almbewirtschaftenden verbunden. Jährlich werden Fördermittel in Höhe von über 90 Mio. Euro für Maßnahmen zur Sicherung der österreichischen Almwirtschaft durch Unterstützung des Auftriebs von Wiederkäuern ausbezahlt. Zu den diesbezüglichen Maßnahmen zählen: flächenbezogene Direktzahlungen sowie eine ergänzende, tierbezogene Almauftriebsprämie, die Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete und Maßnahmen im Rahmen des „Österreichischen Programmes für umweltgerechte Landwirtschaft (ÖPUL). Zur Unterstützung im Umgang mit großen Beutegreifern wird beispielsweise die Behirtung von gealpten Tieren als zentrale Herdenschutzmaßnahmen gefördert. Mit dem Jahr 2025 wurde die Prämie auf 1.200,-- Euro pro Herdenschutzhund

und Jahr erhöht. Auch wird der vorzeitige Abtrieb einer Herde aufgrund eines Risses durch große Beutegreifer auf derselben Alm oder Weide als höhere Gewalt anerkannt und Entschädigungsmaßnahmen wurden eingeführt.

Insgesamt verfolgt das BMLUK damit einen ganzheitlichen Ansatz, um die Almwirtschaft wirtschaftlich, ökologisch und sozial nachhaltig abzusichern. So wurde auch mit dem Aktionsplan „Sichere Almen“ die Sensibilisierung von Wanderinnen und Wanderer verstärkt.

Zur Frage 17:

- Wurden tourismusökonomische Auswirkungen oder Effekte auf die regionale Wertschöpfung in diesem Zusammenhang bewertet?

Ja, siehe Kapitel „2.6.4 Variable zu Tourismus“ des Berichts.

Zu den Fragen 21, 23 und 25:

- Plant das Ministerium die Beauftragung eigener Studien, um die Tragfähigkeit des Alpenraums unter Wolfspräsenz hinsichtlich Bewirtschaftung, Sozialstrukturen und Wirtschaftsleistung zu erfassen?
 - a. Wenn ja, wie sollen Betroffene und regionale Stakeholder in die Erhebung und Bewertung einbezogen werden?
- Ist vorgesehen, ergänzende interdisziplinär arbeitende Studien mit realer Datenerhebung in betroffenen Regionen nachzuholen?
- Wie wird sichergestellt, dass künftige Entscheidungen auf vollständigen, belastbaren und regional repräsentativen Datengrundlagen beruhen?

Mögliche weitere Studien werden in Abstimmung mit den Bundesländern erfolgen. Für eine verbesserte Datenlage ist eine Schaffung einer österreichweiten Datenbank zum Wolfsmanagement, nach Schweizer-Vorbild angedacht.

Diese soll ein österreichweites einheitliches und effizientes Riss- sowie Wolfsmonitoring ermöglichen. Neben der Verbesserung des nationalen Monitorings arbeitet das Österreichzentrum gemeinsam mit anderen Mitgliedstaaten an grenzüberschreitenden Lösungen. Die unmittelbare Umsetzung hat durch die Bundesländer zu erfolgen.

Mag. Norbert Totschnig, MSc

